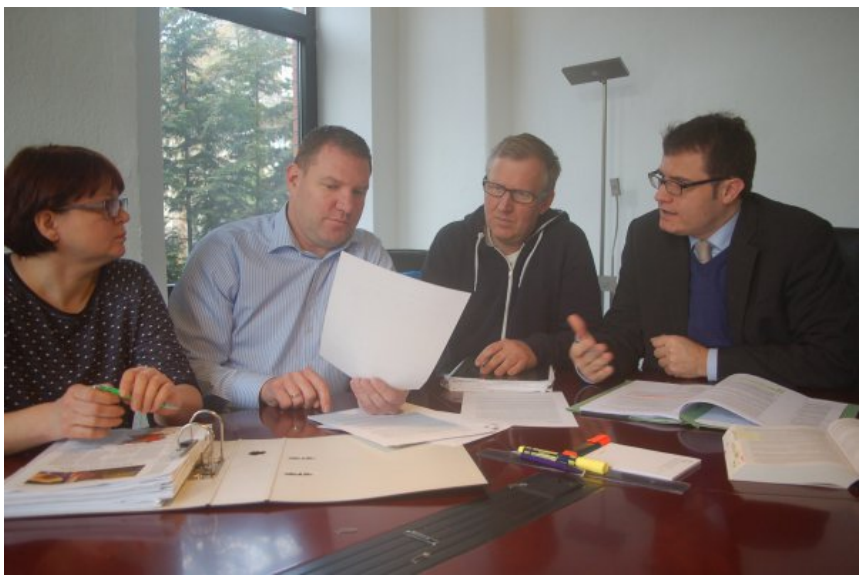
Bürgerbegehren: Initiatoren halten an Fragestellung fest

Dirk Haunhorst *am 29.12.2017 um 00:08 Uhr*



Fragen zu Feinheiten von Verfahren und Formulierungen: Bettina Fleissner, Martin Bohnsack und Volker Weichert (v.l.) im Gespräch mit ihrem Anwalt Willi Broshinski. MT-Foto: Dirk Haunhorst (© Haunhorst)

Porta Westfalica (mt). Die Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Erhalt aller Grundschulstandorte wollen an ihrer Fragestellung festhalten. Das bekräftigten die drei Sprecher gemeinsam mit ihrem Anwalt Willi Broshinski gestern gegenüber dem MT. Die Bürgerinnen und Bürger werden demnach im kommenden Frühjahr mit dieser Frage konfrontiert: Sollen alle Portaner Grundschulen an ihren jetzigen Haupt- und Teilstandorten verbleiben und dort saniert werden?

Die Verwaltung hatte zu dieser Formulierung noch Nachfragen und wissen wollen, was die Initiative mit „sanieren“ eigentlich meint. Denn eine schlichte Reparatur wäre deutlich billiger als die zeitgemäße Ausstattung der Schulen, etwa mit Inklusionsräumen. Und vom Umfang der Sanierung hängt wiederum die Kostenschätzung ab, die die Verwaltung ermitteln muss, damit die Initiative auf Grundlage dieser Zahlen Unterschriften für ihr Bürgerbegehren sammeln kann.

Die Bürgerinitiative hat sich Gedanken über eine differenziertere Formulierung gemacht, ist aber zu dem Ergebnis gekommen, dass dies die Frage nur „verschlimmbessern“ würde. „Egal, was man hinzufügt, es wird nicht klarer. Das Thema ist nun einmal komplex“, sagt Anwalt Broshinski.

Deshalb wolle man an dieser Stelle nicht tiefer einsteigen, zumal sich auch Politik und Verwaltung diesbezüglich schwer getan hätten. So seien in den vergangenen zwei Jahren die avisierten Kosten für den Umbau der Grundschullandschaft von rund 6,5 auf nunmehr 21,5 Millionen Euro gestiegen. Und diesen Ausgaben stehe eine bislang errechnete Ersparnis von jährlich lediglich 97 000 Euro gegenüber.

Primäres Ziel des Bürgerbegehrens sei keine Sanierungskostendebatte, sondern der Erhalt aller derzeitigen Schulstandorte. Wenn es dazu kommen sollte, änderten sich ohnehin die Prämissen. Denn bei einem Verbleib des Schulstandortes Veltheim innerhalb des Grundschulverbundes fiele der Raumbedarf in Eisbergen geringer aus. „Das können wir aber zu diesem Zeitpunkt nicht diskutieren“, sagt Broshinski.

Die Bürgerinitiative (BI) wehrt sich gegen den Vorwurf von Rot-Grün, mit dem Begehren die notwendige Sanierung an den Grundschulstandorten zu verzögern. Nach Auffassung der BI könnten die unstrittigen Projekte an den Standorten Barkhausen, Hausberge und Holzhausen weiter verfolgt werden. Bekanntlich wendet sich die Initiative hauptsächlich gegen die beabsichtigte Schließung der Grundschule Veltheim, die Verlagerung der Grundschule Neesen nach Lerbeck und den Verzicht auf eine Sanierung der Grundschule Kleinenbremen.

Broshinski wundert sich, dass die Bedeutung der Schulstandorte in den Stadtplanungsgremien, wo die Infrastruktur ein zentrales Thema ist, kaum eine Rolle spiele. „Porta ist nun einmal eine Flächenkommune, Und wenn ich die erhalten will, dann muss ich auch an den Rändern interessant bleiben.“ Politik und Verwaltung erwähnten zwar immer wieder lobend die Initiativen in Nammen und Möllbergen, wo mithilfe privater Investoren ehemalige Grundschulflächen wieder mit Leben erfüllt wurden. „Aber die Stadt verabschiedet sich auf diese Wiese aus der Daseinsvorsorge“, kritisiert Broshinski.

Martin Bohnsack, Bettina Fleissner und Volker Weichert sind zuversichtlich, die für das Bürgerbegehren erforderlichen rund 2100 Unterschriften (mindestens sieben Prozent der Wahlberechtigten) zusammenzubekommen. Sollte anschließend die Ratsmehrheit bei ihrer bisherigen Haltung bleiben, käme es zum Bürgerentscheid. Dann wäre bei der Abstimmung nicht nur die einfache Mehrheit der Ja- gegenüber den Neinstimmen erforderlich, sondern die Anzahl Ja-Stimmen müsste mindestens 20 Prozent der wahlberechtigten Bürger betragen, und das wären etwas mehr als 6000 Stimmen. Die Herausforderung für die Bürgerinitiative besteht demnach darin, möglichst viele Menschen auch aus den nicht unmittelbar betroffenen Orten zur Stimmabgabe zu motivieren.

Aufgrund der einzelnen Verfahrensschritte (MT vom 9. November) dürfte ein Bürgerentscheid wohl erst in der zweiten Hälfte 2018 erfolgen. Doch dazu müsse es nicht unbedingt kommen, sofern die Politik einlenke, meint Willi Broshinski. Ziel sei, die bisherige starre Haltung von Rot-Grün zugunsten einer ergebnisoffenen Diskussion aufzubrechen. Denn trotz vieler Lippenbekenntnisse sei die Chance, Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen, bislang vertan worden.

Lesen Sie auch den Kommentar zum Thema Erhalt der Grundschulstandorte: Weniger ist mehr.

Copyright © Mindener Tageblatt 2018

Texte und Fotos von MT.de sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.

Kommentare

Ihr Benutzername